

Mainz, 01.04.2025

Antrag 0574/2025 zur Sitzung am Legalisierung öffentlichen Parkraums im Stadtgebiet (FDP)

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird den Parkraum in ähnlich gestalteten Straßen, der über lange Zeit als solcher genutzt werden durfte, zügig mit den jeweils geeigneten Mitteln rechtlich als Parkmöglichkeit sichern, ohne Verkehrsgefährdungen oder objektive Behinderungen zu verursachen. Dabei sollen die Ermessensspielräume zu Gunsten langjährig geübter Praxis ausgeschöpft werden.
2. Die Verwaltung erstellt zur rechtlichen Absicherung ein Gesamtkonzept zum ruhenden Verkehr in den Stadtteilen, an dem sich die Umsetzung in den jeweiligen Straßen orientiert. Kernziel dabei ist die Erhaltung möglichst aller langjährig tolerierten Parkmöglichkeiten.
3. Die Verwaltung wird des Weiteren beauftragt, zu prüfen, wo auf Grund von neuen Gefährdungen oder Behinderungssituationen eine größere Zahl von bisher genutzten Parkmöglichkeiten entfallen muss. Die Verwaltung wird aufgefordert, die jeweilig zu treffende verkehrsrechtliche Maßnahme unter Beteiligung der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner zu erarbeiten. Vor ordnungsrechtlichen Schritten erfolgt seitens der Verwaltung eine umfangreiche Information der Anwohnerinnen und Anwohner mit Hinweis auf andere Parkmöglichkeiten in der jeweils näheren Umgebung.

Begründung:

In zahlreichen Straßenzügen in Mainz bestehen hunderte von Parkmöglichkeiten, die seit vielen Jahren und Jahrzehnten genutzt werden. Dabei handelt es sich um Flächen, die nach heutiger Rechtsauffassung und neuen Verwaltungsgerichtsurteilen, bei sehr strenger und/oder buchstabengetreuer Rechtsauslegung nicht mehr zum Parken genutzt werden dürften. Das Vorgehen der Verwaltung gegen die langjährig geübte Praxis, zuletzt in der Wallstraße mit über 800 Verwarnungen, führt zu Bürgerprotest. Gleichzeitig werden viele Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt erheblich verunsichert. In vielen anderen Straßen würden beim Anlegen der gleichen Maßstäbe ebenfalls zahlreiche Parkplätze entfallen (z.B. Langenbeckstraße, Hechtsheimer Straße in der Oberstadt, Mombacher Straße in Hartenberg-Münchfeld).

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Susanne Glahn
Fraktionsvorsitzende